



# „Unter heftigen Geburtswehen hervorgegangen“

**Vor der Gebietsreform gab es in Bayern die kleinteiligste Landkreisstruktur der Republik. Zur Entstehung des Landkreises Berchtesgadener Land vor 50 Jahren.**

Von Stadtheimatpfleger  
Dr. Johannes Lang

Is in die 1970er Jahre existierten in Bayern kleine und kleinste Gemeinden, in denen es nicht einmal ein eigenes Gemeindeamt gab. Die kommunalen Akten befanden sich nicht selten in einem Schrank im Hause des Bürgermeisters oder im Schulhaus, und ein Rathaus war um die Mitte des 20. Jahrhunderts noch keineswegs eine Selbstverständlichkeit.

Die Gebietsreform in Bayern sollte daher genau jene Verhältnisse im Blick haben, ging es doch um das vordringliche Ziel, vor allem im ländlichen Raum leistungsfähige Kommunen zu schaffen. Ein Mittel dazu waren vergrößerte Gemeinden, sprich Eingemeindungen, die sogar eine gewisse Tradition aufwiesen: In Bad Reichenhall beispielsweise verzeichnete man 1906 die Eingemeindung St. Zenos, und wie in vielen anderen Städten standen Fragen des infrastrukturellen Ausbaus, der Hygiene und des dringend erforderlichen Wohnraums – der so genannten Stadt-Umland-Problematik – im Vordergrund.

Sogar die Bayerische Gemeindeordnung von 1952 sah die Möglichkeit von Eingemeindungen vor, wonach die beteiligten Gemeinden lediglich das Recht haben sollten, eine Stellungnahme abzugeben. Die Landkreis- und Gemeindegebietsreform der 1970er Jahre verstand sich als ein zusammengehöriger Prozess. Zunächst setzte man von Seiten der Staatsregierung auf eine „Einsicht“ der Gemeinden, selbst Zusammenlegungen von Gemeinden voranzutreiben und schuf dafür sogar entsprechende finanzielle Anreize. Tatsächlich kam es damals auch in unserer Region zu so genannten freiwilligen Zusammenlegungen, doch das gewünschte Ziel blieb aus: Die Zahl von über 7000 bayerischen Gemeinden ließ sich bis zum 1. April 1971 nur auf rund 6500 reduzieren.

**Gemeinde mit mehr als 5000 Einwohnern erhalten**

Zielsetzung der Bayerischen Staatsregierung war es eigentlich gewesen, Gemeinden mit mehr als 5000 Einwohnern zu erhalten. Von den damals immer noch 6500 Gemeinden wiesen aber nur 300 die gewünschte Einwohnerzahl auf. Dagegen gab es nach wie vor etwa 100 bayerische Gemeinden mit weniger als 100 Bewohnern. Jede dieser politischen Kleinstgemeinden benötigte Bürgermeister und Gemeinderäte, die nach Möglichkeit nicht zu eng miteinander verandt sein sollten ...

Im Vergleich dazu schien es bedeutend leichter zu sein, zunächst eine Neuordnung der Landkreise durchzusetzen, bevor die schwierigere Gemeindegebietsreform zu Ende geführt werden sollte. Größere Verwaltungseinheiten zu reformieren, war freilich auch nichts Neues, hatte es Derartiges – auch in unserem Raum – doch seit dem Mittelalter immer wieder gegeben. Stets steht als (zumindest theoretisches) Ziel eine Verwaltungsvereinfachung: Mehr Effizienz, mehr Wirtschaftlichkeit sowie ein größeres Finanzvolu-

men. Bei den Überlegungen zur Verwaltungsreform der 1970er Jahre kamen hinzu: mehr Leistungsfähigkeit durch Hauptamtlichkeit, stärkere Gemeinden mit mehr Selbstverwaltungskompetenz sowie gleichwertige Lebensbedingungen auf dem Land wie in der Stadt.

Ministerpräsident Alfons Goppel (1905-1991) sprach bei seiner Regierungserklärung 1967 die geplante Reform erstmals öffentlich an. Auch an zeitgenössischen Beispielen mangelte es nicht, etwa aus Nordrhein-Westfalen, wo die Gebietsreform seit dem Jahre 1966 durchgeführt wurde und an deren Ende teilweise sehr große Gemeinden und Landkreise standen. Die bayerische CSU hatte diese Vorgänge zuvor mit Vorbehalten kommentiert, kam nun aber in den Zugzwang, ähnliche Strukturen im eigenen Land schaffen zu wollen. Die bayerische SPD hingegen verfolgte einen zentralistischen Ansatz, favorisierte Verwaltungsregionen sowie kommunale Verwaltungsgemeinschaften und lehnte die bestehende Verwaltungsstruktur „Bezirk – Landkreis – Gemeinde“ ab. Eine Abkehr davon aber wollte die CSU, die sich in der Frage letztlich durchsetzte, nicht mittragen.

Vielmehr sollten die Landkreise und kreisfreien Städte in ihrer Anzahl halbiert werden. – Ein ambitioniertes Vorhaben, das zwangsläufig Widerstände hervorrufen musste. Trotzdem gab es damals kaum einen ernstzunehmenden Politiker, der die Notwendigkeit einer Reform nicht gesehen hätte.

In Bayern sollten im Zuge der Landkreisreform von 143 Landräten 72 ausscheiden, schätzungsweise 2800 Kreisräte sollten ihre Mandate verlieren, ebenso Tausende von Bürgermeistern und Zehntausende von Gemeinderäten im Zuge der späteren Gemeindegebietsreform. Als psychologisches Moment war dies ein nicht zu unterschätzender Faktor, der die zum Teil heftigen Widerstände gegen die anstehende Reform erklärt. Denn Politikerinnen und Politiker haben – die eine mehr, der andere weniger – den Willen und Ehrgeiz, ein politisches Amt zu bekleiden, einige haben zudem den Zug zur Macht. Es ist unwahrscheinlich, eine solche Errungenschaft leichtfertig herzugeben, weshalb gerade sie sich – freilich als gewählte Vertreter – zu den Speerspitzen der jeweiligen Vorstellungen erhoben.

Bis zum Jahr 1972 bestand in Bayern die kleinteiligste Landkreisstruktur der gesamten Bundesrepublik Deutschland, verbunden mit geringer Einwohnerzahl. Größe und Lage der Landkreise gingen im Wesentlichen auf die im Jahre 1862 gebildeten Bezirksämter zurück. Diese waren im Zuge des Gesetzes zur Trennung zwischen Rechtspflege und öffentlicher Verwaltung entstanden, wobei Amtsgerichte fortan für die Rechtsprechung und Bezirksämter für die mittlere Verwaltungsebene dienten. Benannt waren die später als Landkreise bezeichneten Bezirksämter üblicherweise nach den Örtlichkeiten, wo sie situiert waren. Die Staatsregierung sah für die künftigen Landkreise als Richtgröße eine Einwohnerzahl von 80 000 vor, denn, so hatten Berechnungen ergeben, erst eine derartige Größe sicherte auch einen entsprechenden Einzugsbereich, wenn es um den Betrieb von Krankenhäusern, Gymnasien, Sportzentren und Altersheimen ging. Dagegen lebten im damaligen Landkreis Berchtesgaden, zu dem neben dem ehemaligen fürstpröpstlichen Stiftsland übrigen auch Schneizlreuth, Weißbach, Karlstein, Marzoll, Bayerisch Gmain sowie die heutigen Gemeindegebiete von Piding und Anger gehörten, nur 40 000; damit lag Berchtesgaden unter



Bei der Grundsteinlegung des Landratsamtes im Jahr 1978 versenkte der damalige Landrat Dr. Rudolf Müller eine Urkunde.

– Foto: Stadttarchiv Bad Reichenhall



Der 1972 räumlich zerschlagene Altlandkreis Laufen.

– Foto: aus: J. Wysocki, Leben im BGL, 1991

dem landesweiten Durchschnitt. Rund 13 000 zählte Bad Reichenhall; der nördliche Nachbarlandkreis Laufen, der bis nördlich von Tittmoning reichte, wies dagegen knapp 58 000 Einwohner auf.

Im Jahre 1971 veröffentlichte die Regierung von Oberbayern zwei mögliche Varianten einer Landkreisreform: Beide sahen die Auflösung der Kreisfreiheit Bad Reichenhalls sowie die Zerschlagung des Landkreises Laufen vor. Demnach sollte Laufen auf die Landkreise Traunstein, Altötting und den neu zu schaffenden Landkreis – der genaue Name stand noch nicht fest – aufgeteilt werden.

**Geplant war Volksbegehren zur Auflösung des Landtags**

Diese Veröffentlichung verursachte einen bemerkenswerten Aufruhr in der Region. An den Stammtischen wurde eifrig diskutiert, und sogar ein Volksbegehren zur Auflösung des Landtags stand im Raum; zwischen den Landräten wechselten geharnischte Depeschen. Innenminister Dr. Bruno Merk (1922-2013), der als Architekt der Reform galt, stand dementsprechend in der Kritik. Man warf der Regierung in München insbesondere vor, die Gebietsreform seit mehreren Jahren

geplant, diese aber im Wahlkampf zu den Landtagswahlen nicht thematisiert zu haben.

Ausgerechnet in Laufen hatten Ministerpräsident Goppel, Innenminister Merk und dessen Staatssekretär Erich Kiesel (1930-2013) Jahre und Monate zuvor immer wieder die Unantastbarkeit des dortigen Landkreises unterstrichen. Laufen, das durch die staatliche Abtrennung von Oberndorf im Jahre 1816 sein gesamtes wirtschaftliches Hinterland verloren hatte und durch die Einstellung der Salzschiffahrt auf der Salzach seiner einstigen Existenzgrundlage beraubt worden war, war im Gegenteil in der Vergangenheit von der Regierung stets protegiert worden. Umso schockierender wirkte die Veröffentlichung der Landkreisreform-Varianten. Im Februar 1971 trafen sich in Laufen 4000 Menschen zu einer Protestaktion.

Wohl wissend um die Emotionalität der Angelegenheit, hielt sich der damalige Kreistag von Berchtesgaden in seiner Stellungnahme zunächst bewusst zurück: Man strebe keine Verschmelzung mit Laufen an, hieß es dort, und könne darin keine Vorteile erkennen. Eine andere Stellungnahme wäre wohl von Laufener Seite als vollkommen inakzeptabel auf Schärfe zurückgewiesen worden. Darin liegt ein Stück der Dramatik dieser Reform begründet:

Sie wurde von Seiten der Regierung initiiert, von vielen Politikern zwar als notwendig angesehen, letztlich aber auf Landkreis- und Kommunalebene ausgefochten. Dabei ging zwischen den Nachbarn viel an Vertrauen zu Bruch – einige Brüche sollten jahrzehntelang nicht verheilen. Von Berchtesgadener Seite favorisierte man daher vorerst einen um die Stadt Bad Reichenhall erweiterten „Landkreis Berchtesgaden“.

In Bad Reichenhall hatte man sich mit der Frage nach der Entziehung der Kreisfreiheit bereits seit 1967 auseinandergesetzt, nachdem das mögliche Rechtskonstrukt einer „Großen Kreisstadt“ aufgekomen war und Innenminister Merk 1967 bei einer Rede in Augsburg die strukturelle Problematik kleinerer und mittlerer kreisfreier Städte in Bayern angesprochen hatte. Der Oberbürgermeister der Kur- und Salinenstadt, Dr. Max Neumeyer (1920-1993), war sogar Teil einer Kommission im Bayerischen Städteverbund, um den Fragenkomplex der Gebietsneugliederung Bayerns aus Sicht der kreisfreien Städte zu klären. Dabei wollte Dr. Neumeyer die Frage nach der Entziehung der Kreisfreiheit mit der Überlegung gekoppelt sehen, wie mit dem Umland dieser Städte umzugehen sei. Insofern hatte er sich zu einem frühen Zeitpunkt intensiv mit den

Fragestellungen einer künftigen Gebietsreform auseinandergesetzt und sich rasch eine entscheidende Haltung dazu angeeignet. Gleichzeitig kam das Gerücht auf, die damals sich im Gange befindlichen enormen Baumaßnahmen im Bereich St. Zeno-Nord – Wohnbebauung und Sportstättenbau in der „Münchner Allee“ – dienten nur dazu, die Einwohnerzahl Bad Reichenhalls auf über 20 000 zu bringen, um dem drohenden Verlust der Kreisfreiheit zu entgehen. Mit dem Hinweis auf die von langer Hand geplante Maßnahme verwehrte sich der Oberbürgermeister gegen derartige Unterstellungen, die zudem seine eigene Vorstellung, nämlich das städtische Umland in künftige Reformüberlegungen mit einzubinden, konterkariert hätten.

**Forderung: Landkreis heißt „Bad Reichenhall“**

Als nun die Stadt Bad Reichenhall 1971 um eine Stellungnahme zur geplanten Gebietsreform gebeten wurde, zeigte sich der Stadtrat – nicht zuletzt wegen der intensiven Auseinandersetzung des Oberbürgermeisters mit der Thematik im Vorfeld – durchaus angegan davon. Man erblickte darin überwiegend Vorteile, erwartete den Sitz des künftigen Landkreises in der Kurstadt und – so war es auch von Seiten der Regierung bis dahin vorgesehen – forderte für die Bezeichnung des neuen Landkreises den Namen „Bad Reichenhall“. Unter dieser Prämisse wollte man sich von der bis dahin innegehabten Kreisfreiheit trennen. Obwohl nicht explizit zur Diskussion stehend, sprach sich der Stadtrat sogar für die Integration in einen Großlandkreis Traunstein aus. Sollte dieser allerdings nicht zustande kommen, so wollte man sich begnügen mit der Rolle des Landkreisitzes sowie des namengebenden Ortes.

Der Name der Stadt sollte sich auf einen ganzen Landkreis ausweiten, so die Vorstellung. Es ist fraglich, ob sich der Stadtrat ebenso so leicht von der Kreisfreiheit getrennt hätte, hätte er die künftige Entwicklung kommen sehen. Doch es waren noch andere Überlegungen, die eine Rolle spielten, wusste man doch, dass die Gebietsreform auch eine künftige Gemeindegebietsreform nach sich ziehen würde. Und hierin erblickte der Oberbürgermeister in öffentlicher Sitzung die Option, dereinst die Gemeinden Marzoll, Karlstein, Bayerisch Gmain und Schneizlreuth eingemeinden zu können, um durch diesen Gebietszugewinn neue Bebauungsmöglichkeiten für die an den Grenzen des Wachstums angelangte Stadt zu eröffnen.

Dr. Neumeyer, der wie kaum ein anderer Politiker in der Region zu einem sehr frühen Zeitpunkt seine konkreten Zukunftsvorstellungen – freilich diplomatisch unklug – öffentlich äußerte, wurde ein Opfer einerseits seiner eigenen Euphorie und andererseits der faktischen Vorgaben, wie sie dann aus München kommen sollten. Denn zunächst einmal erntete das Stadtoberhaupt heftige Reaktionen aus der Gemeinde Marzoll und dem dortigen Bürgermeister Karl Huber. Auch die anderen angesprochenen Gemeinden empfanden Dr. Neumeyers Äußerungen als Anmaßung.

Bezug nehmend auf die berühmte „Theorie der Zentralen Orte“ des deutschen Kulturgeographen Walter Christaller (1893-1963) sah das für die Gebietsreform geschaffene Landesentwicklungsprogramm in der Region Südostoberbayern bestimmte Zentralorte und Nahbereiche vor: Neben Rosenheim als Oberzentrum und Traunstein als Mittel-



In der touristischen Wahrnehmung existierte schon in den 1960er Jahren ein „Berchtesgadener Land“.

– F.: Stadttarchiv

zentrum mit Teilfunktion eines Oberzentrums wurden für den neu zu schaffenden Landkreis als typische Mittelzentren ausgewählt: Bad Reichenhall, Berchtesgaden und Freilassing – jener aufstrebende, einst Salzburghofen genannte Eisenbahnknotenpunkt, der erst 1954 zur Stadt erhoben worden war. In der Tat hatte das junge Freilassing das deutlich ältere Laufen in zahlreichen Bereichen – der Bevölkerungsentwicklung, den Arbeitsplätzen, dem Tertiären Sektor, den Steuereinnahmen, der Krankenhaus-, Ärzte- und Apothekensituation – bereits überflügelt.

### Laufen verlor seine zentrale Rolle

Laufen, die seit dem 12. Jahrhundert bestehende und für den Salzhandel einst so wichtige Stadt an der Salzach, musste hingegen gravierende Zentralitätsverluste hinnehmen: Zum Entsetzen vieler wurde der gleichnamige historisch begründete Landkreis zerschlagen, das dortige Landratsamt war obsolet. Man musste erkennen, dass die seinerzeit von der Regierung gemachte Vorgabe, kulturelle und historische Zusammenhänge bei der Planung der neuen Landkreise berücksichtigen zu wollen, nicht viel mehr war als ein Lippenbekenntnis. Schon zuvor, aber vor allem seit dieser für den ehemaligen Landkreis Laufen so unerfreulichen Reform-Entscheidung rückte gerade in diesem Landstrich, dem so genannten Rupertiwinkel, die einstige salzburgische Vergangenheit als Identifikationsmerkmal in den Vordergrund.

Als die bayerische Landkreisreform am 1. Juli 1972 abgeschlossen war, lautete der hiesige Landkreis nach dem Sitz der Großen Kreisstadt „Landkreis Bad Reichenhall“. Die Einwohnerzahl lag – wie in der Vorgabe gefordert – bei 87 000 Menschen. Man zählte 26 Landgemeinden, drei Städte und drei Märkte, insgesamt also 32 politische Gemeinden. Der ehemalige Landrat des Altlandkreises Berchtesgaden, Dr. Rudolf Müller (1912-2009), wurde nun Landrat im neuen Landkreis. Hubert Kreuzpointner, letzter Landrat des Landkreises Laufen, quittierte stattdessen die Auflösung „seines“ Landkreises mit dem Parteiaustritt.

Für Bad Reichenhall schien alles nach Plan zu laufen: Trotz der Mehrheitsentscheidung im neuen Kreistag, das künftige Landratsamt in Freilassing platzieren zu wollen, hatte die Staatsregierung diesen eher emotional als rational gefassten Plan gekippt und das geografisch zentralere Bad Reichenhall dafür vorgesehen. Zudem schien es so – und so sah es sowohl die Landkreisordnung vor als auch war es im Sinne der Verantwortlichen in München –, als würde die Kurstadt dauerhaft namengebend werden für die Bezeichnung des neuen Landkreises. Gerade aber gegen eine solche Vorstellung waren Berchtesgadener Politiker von Beginn an Sturm gelaufen. Der Landrat Dr. Müller, obwohl in Oppeln in Schlesien gebürtig, war selbst ein bekennender Berchtesgadener und hatte in der Reform gar „eine tödliche Gefahr für die Existenz der Bevölkerung und für Sitte und Brauch im inneren Landkreis“ gesehen. Von Beginn der Reform-Diskussionen an hatte er für den Namen „Landkreis Berchtesgaden“ geworben und war nicht müde geworden, auf die Vorläufigkeit des Landkreis-Namens hinzuweisen. Aus diesem Grund hatte er auch mit der Aufstellung von Ortstafeln an den Ortseingängen ungewöhnlich lange zuwarten lassen.

Und als das Straßenbaumamt derartige Schilder mit der neuen Aufschrift „Landkreis Bad Reichenhall“ aufgestellt hatte, ließ er diese mit dem Hinweis, dass hierzu das letzte Wort noch nicht gesprochen sei, wieder entfernen. Berchtesgadens Bürgermeister Martin Beer wiederum prophezeite in düsteren Bildern, dass der

Name Berchtesgaden „wahrscheinlich auf dem Regierungsverwaltungswege verschwinden müsse“. Bad Reichenhalls Oberbürgermeister Dr. Neumeyer hingegen warb um den Kompromissnamen „Bad Reichenhall-Berchtesgaden“, sah sich jedoch einer überwältigenden Opposition gegenüber.

Denn nachdem sich die ehemals Laufener Landkreisgemeinden um den Landkreissitz in Freilassing betrogen sahen, erklärten sie sich mit den Berchtesgadener Anschauungen solidarisch: Von 60 Stimmen plädierten nur vier für den Namen „Landkreis Bad Reichenhall“.

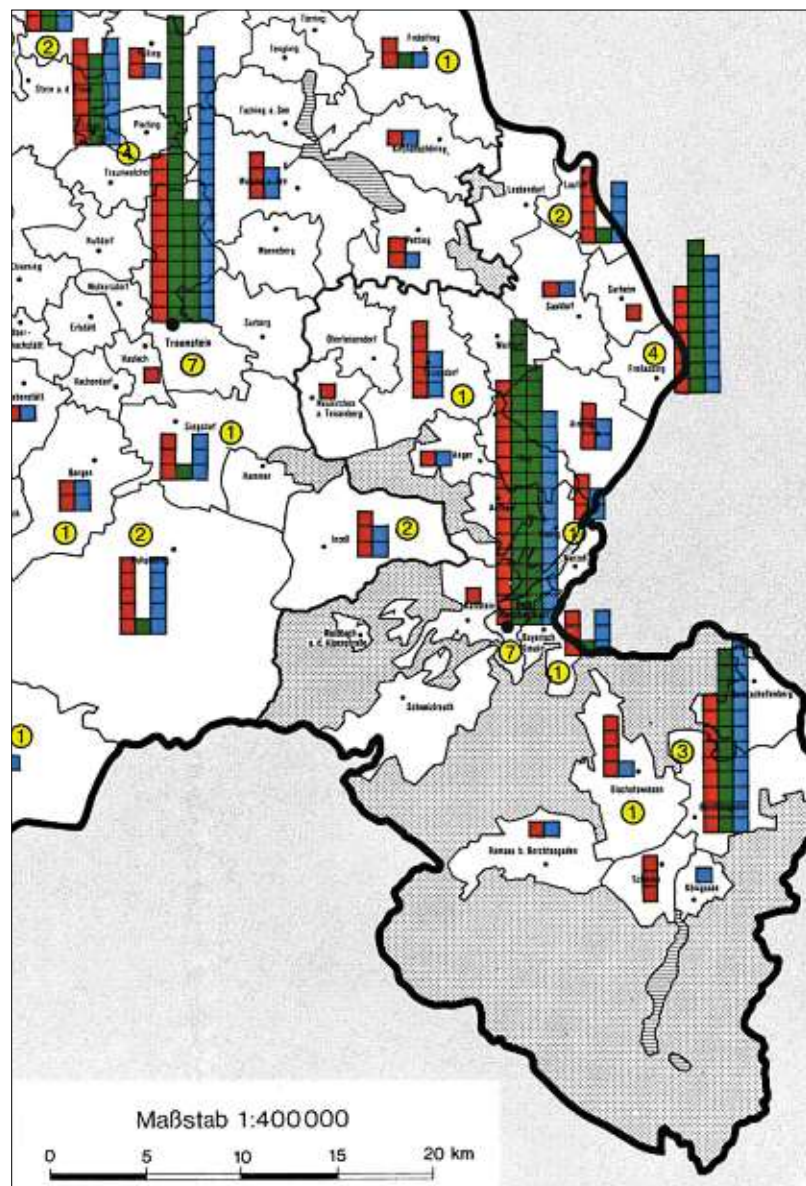
Da die Staatsregierung bereits zum künftigen Landkreissitz ein Machtwort gesprochen hatte, wollte man sich in der vermeintlich weniger bedeutsamen Frage nach dem Namen zu Zugeständnissen bereit zeigen: Obwohl Bad Reichenhall als bevölkerungsreichster Ort mit den meisten zentralörtlichen Funktionen und dem Landkreissitz galt, benannte man 1973 den Landkreis, nachdem dieser bereits für rund zwei Jahre den provisorischen Namen „Bad Reichenhall“ getragen hatte, entgegen der sonst üblichen Handhabung und unter Verweis auf die namentliche Strahlkraft mit der bis heute gültigen Bezeichnung „Berchtesgadener Land“.

### Bad Reichenhall bekommt Status „Große Kreisstadt“

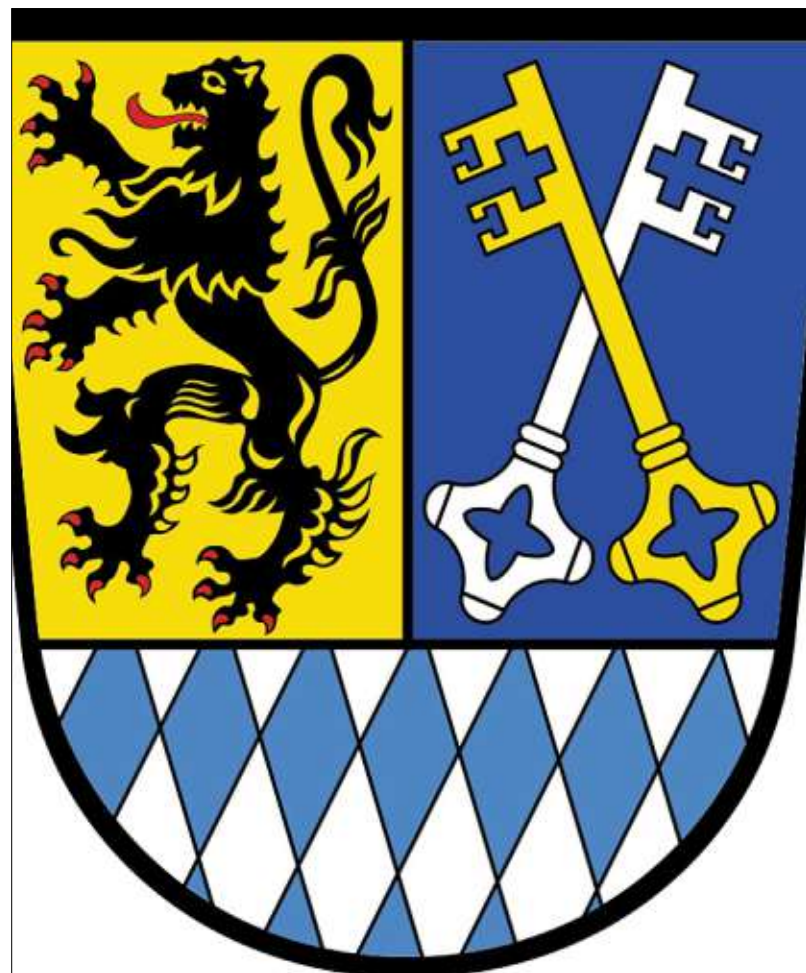
Die bis dahin in eigener Zuständigkeit namens des Staates wahrgenommenen Aufgaben einer kreisfreien Stadt wurden von Bad Reichenhall an den Landkreis übertragen. Auf Grund der von der Stadt auch weiterhin übernommenen zusätzlichen Kompetenzen, die über die normalen Gemeindeaufgaben hinausgehen – so etwa die Funktion der unteren Bauaufsichtsbehörde –, wurde Bad Reichenhall indessen der neu geschaffene Rechtsstatus einer „Großen Kreisstadt“ verliehen. Schon zuvor war die Stadtpolizei, deren Mitarbeiter – in vornehme dunkelblaue Uniformen gekleidet und mit weißen Handschuhen ausgestattet – bis dahin das Straßenbild im Heilbad nach außen hin repräsentiert hatten, aus städtischer Trägerschaft herausgelöst worden und an den Staat übergegangen.

Zum Politikum wurde der Streit ums KFZ-Kennzeichen, denn der Bundesverkehrsminister hielt, der Auffassung des Bundesrats folgend, zunächst an der Forderung fest, dass die Kreisstadt hierbei ausschlaggebend sei, was auch für einen Landkreis „Berchtesgadener Land“ das Kennzeichen „REI“ bedeutet hätte. Dagegen aber lehnte sich der Landrat Dr. Müller mit aller Macht auf; auch einzelne Gemeinden des „inneren“ Landkreises protestierten dagegen. Und obwohl 1974 – entgegen der Mehrheit im Kreistag – ein Bundesgesetzblatt das neue KFZ-Kennzeichen „REI“ amtlich verordnete, widersetzte sich der Landrat und ließ – bar jeder Rechtsgrundlage – in den Zulassungsstellen für Laufen und Berchtesgaden weiterhin die alten Kennzeichen ausgeben. Gleichzeitig initiierte der „Berchtesgadener Anzeiger“, der sich während der gesamten Landkreisreform-Debatten zum parteilichen Sprachrohr der Berchtesgadener Partikularinteressen aufgeschwungen hatte, eine Unterschriftenaktion unter dem Motto „Wir wollen BGD behalten!“. Beinahe 10 000 Unterschriften kamen so zustande; 25 000 Abziehbilder in Herzform warben auf Autos für die Berchtesgadener Wünsche.

In einem offenen Brief an den Bundesverkehrsminister argumentierte der „Anzeiger“ mit der Lage der ehemaligen Fürstpropstei, die – „den Winter über fast völlig von der Außenwelt abgeschnitten [...] einen Menschenschlag entstehen [ließ], der wie



Zentralörtliche Bedeutung am Beispiel der Ärzte- und Apothekendichte 1972. – Fotos: Stadtarchiv Bad Reichenhall



Das seit 1973 gültige Wappen für den neuen Landkreis Berchtesgadener Land.

kaum ein anderer an seiner Heimat und am Althergebrachten hängt.“ Zudem verwies man darauf, dass bereits bei den Gemeindefusionen alte Ortsnamen verschwunden seien und dass der Altlandkreis Berchtesgaden im neuen „Berchtesgadener Land“ aufgegangen sei. Mit dem Hinweis, künftighin keine Waschmittelreklame machen zu wollen – Assoziationen mit einem gleichnamigen Handwaschmittel drängten sich bei einigen offenbar auf –, protestierten Berchtesgadener sodann in Lederhosen und mit Transparenten vor dem bayerischen Wirtschaftsministerium: „Nehmt uns BGD nicht!“.

### „REI“ soll in der Tube bleiben

Wenig später brachte eine Delegation die Wünsche und Forderungen „friedlich“ auch in Bonn vor. Gegen das SPD-geführte Bundesverkehrsministerium agitierend, äußerte sich sodann auch Bayerns Ministerpräsident Goppel: „Mir ist es lieber, wenn das ‚REI‘ in der Tube bleibt.“ Zuletzt diskutierte man sogar über einen auf den Markt Berchtesgadens beschränkten „Zulassungsteilbereich“. Landrat Dr. Müller schaffte

es immerhin, den schwebenden Zustand über Jahre hinweg aufrecht zu erhalten, ehe sich der Bundesrat 1977 mehrheitlich für die Möglichkeit von landschaftsbezogenen Kennzeichen aussprach. Folglich stimmte der Kreistag im darauffolgenden Jahr – gegen 18 Stimmen aus dem „inneren“ Landkreis – für das Auto-kennzeichen „BGL“ (für „Berchtesgadener Land“), wobei Bad Reichenhalls Oberbürgermeister sowie der CSU-Fraktionssprecher Andreas Birnbacher (Gemeinde Anger) ins Feld führten, dass das Kennzeichen „BGD“ „immer das Gefühl einer Annektion an Berchtesgaden“ hervorgerufen hätte. Das neue Kennzeichen dagegen biete die Chance „zum Zusammenwachsen des Landkreises“. In Berchtesgaden jedoch sah man sich durch die Entscheidung des eigenen Kreistages – ausschlaggebend waren die Stimmen des „äußeren“ Landkreises gewesen – um das „Markenzeichen BGD“ betrogen.

Da der Name Berchtesgadens aber nach wie vor im neuen Nummernschild ablesbar blieb, war Berchtesgaden zumindest für Außenstehende, analog zur Namensgebung für den Landkreis, auch hier der große Gewinner. Für Bad Reichenhall freilich hatten sich inzwischen mehrere, einst

von der Regierung in Aussicht gestellte Reform-Träume zerschlagen, und für Laufen, von nicht wenigen als „gebietsreformgeschädigte Stadt“ angesehen, mutete das bundesweit medienwirksame Berchtesgadener Ringen um das KFZ-Kennzeichen an wie eine „groteske Komödie“.

Das neue Landkreis-Wappen von 1973 wiederum versuchte, der unterschiedlichen Herkunft gerecht zu werden, indem es nur den Schildfuß unten mit den bayerischen Rauten versah, das heraldisch linke Feld für die gekreuzten Schlüssel des Altlandkreises Berchtesgaden reservierte, im bedeutenderen heraldisch rechten Feld hingegen den Salzburger Löwen – für den Altlandkreis Laufen – vorhielt.

Der Zentralitätsverlust Laufens und der damit verbundene „Ausgleich“ sollte fortan ein fester Bestandteil der Landkreispolitik werden, um die Stadt, wie es der Landrat Dr. Müller formulierte, „lebensfähig zu erhalten“. Sowohl die Überlassung des Amtsgerichts als auch die Verortung der Bayerischen Akademie für Naturschutz und Landschaftspflege waren diesem Bemühen um Ausgleich geschuldet. Großer Wert wurde auf den baldigen Ausbau der B 20 gelegt, um Freilassing und Laufen verkehrsmäßig rasch zu verbinden und für Gewerbeansiedlungen interessant zu machen. Dr. Müller plädierte für einen Ausbau der Fernverkehrsinfrastruktur, insbesondere im mittleren und nördlichen Landkreis, wo zu Beginn der 1970er Jahre lediglich 500 000 Übernachtungen jährlich zu verzeichnen waren.

Dagegen entfielen auf den südlichen Landkreis drei Millionen und auf das Bayerische Staatsbad Bad Reichenhall immerhin 1,7 Millionen Übernachtungen. Der Raum Freilassing-Ainring sollte, so die Überlegungen des Landrats, das Zentrum für Gewerbe, Handel und Industrie werden und als Arbeitsplatz für den gesamten Landkreis in Frage kommen. Die Landwirtschaft hingegen sollte mit ihrem Schwerpunkt im Norden ebenso zukunftsfähig bleiben wie die kleinen Neben- und Zuerwerbslandwirtschaften im Süden, um auf diese Weise zu Trägern der Landschaftspflege, des Brauchtums wie auch von Arbeitsplätzen zu werden. Letztlich sah Dr. Müller den Erfolg des neuen Landkreises an die dauerhafte Anziehungskraft des Staatsbades Bad Reichenhall wie auch an die touristische Fortentwicklung im südlichen Landkreis gebunden.

### Grenzübergreifender Alpenpark war die Vision

Als Vision stand damals noch ein grenzübergreifender internationaler „Alpenpark“ auf der Agenda, der nicht nur das hochalpine Terrain rund um den Königssee beinhaltet, sondern über das Steinerne Meer auch noch in das Saalfeldener Becken hineingereicht hätte, somit rund 600 Quadratkilometer groß gewesen wäre. (Verwirklicht werden sollte 1978 letztlich ein mit circa 210 Quadratkilometern Fläche deutlich kleinerer abermals nach Berchtesgaden benannter Nationalpark.)

Vor dem Hintergrund der enormen Schwierigkeiten, denen die Landkreisreform in unserem Landstrich ausgesetzt war, versteht sich die vom Landrat 1973 ausgesprochene Hoffnung, der neue Landkreis möge möglichst bald und vollständig zusammenwachsen. Vier Jahre später beschrieb Dr. Müller die Dramatik jener Reform folgendermaßen: „Der neue Landkreis Berchtesgadener Land ist 1972 unter heftigen Geburtswehen aus der Landkreisgebietsreform hervorgegangen. Drei geschichtlich, kulturell und landschaftlich so heterogene Bereiche wie das Land um Berchtesgaden, Stadt und Umland von Bad Reichenhall und des südlichen Landkreises Laufen zu einer neuen Einheit zu verschmelzen, kostet stetes Bemühen und unendliche Geduld. Doch dieser neue

Landkreis mit seinen überwältigenden Naturschönheiten und den großen kulturellen Zeugen einer bewegten Vergangenheit ist es aller Mühe wert, ihm im Bewusstsein seiner Bevölkerung nach schmerzlichen Erfahrungen einen festen Platz zu schaffen.“

Im Gegensatz zum Nachbarlandkreis Traunstein, der sich – rund um den gleichnamigen Zentralort – als äußerst kompakt erweist und durchaus idealtypisch für die Landkreisgebietsreform angesehen werden darf, präsentiert sich der Landkreis Berchtesgadener Land in mehrerlei Hinsicht heterogen. Dies hat auch der vor einigen Jahren initiierte Markenprozess und die damit verbundene Diskussion wieder ins Bewusstsein treten lassen. Die Vorstellung, dass dies alles ja schon immer zusammengehört habe und eigentlich eine Einheit bilden müsse, mag verführerisch klingen – ebenso die Meinung, dass dies nur eine Frage der Vermittlung sei.

Doch eine solche Herangehensweise lässt die besondere Vielfalt dieses Landkreises außer Acht: Verhältnismäßig schmal und lang gestreckt, liegt er unmittelbar an der Landesgrenze. Der Norden ragt weit in das Voralpenland hinein, im Süden dominiert das hochalpine Element. Die Dialektidiome, die Hauslandschaften, die Gebräuche und die Tracht verdeutlichen, dass in den Landkreis auch drei ehemalige eigenständige Landesherrschaften integriert wurden: das ehemals bayerische Pflegergericht Reichenhall, die einstige Fürstpropstei Berchtesgaden sowie Teile des Rupertiwinkels, jenes ehemals salzburgischen Territoriums. – Also Länder, die in der Geschichte mehrfach Krieg gegeneinander geführt haben! Wir unterschätzen bis heute diese kollektive historische Trägheitskraft, die sich – ob es uns gefällt oder nicht – in unsichtbar gezogenen Grenzen am Hallthurm sowie jenseits der Saalach niederschlagen. Es ist nicht die Einheit, sondern die außergewöhnliche Vielfalt die hier, in diesem historisch gewachsenen Grenzraum, auf engem Raum zu Buche schlägt. Solches gilt es, erkennen- und erfassbar zu machen, denn dies ist – auch in der weiteren Umgebung – einzigartig.

Als der Landrat Dr. Müller 1978 den Grundstein zum neuen Landratsamt legte, versenkte er darin eine kunstvoll gefertigte Urkunde, wohl auch im Bewusstsein um die historische Bedeutung der nunmehr vollzogenen Gebietsreform. Auf dem Weg in den neuen Sitzungssaal für den Kreistag passierte man eine lebensgroße Statue des hl. Rupertus, des Heiligen unserer Region, des Landes Salzburg und insbesondere des Rupertiwinkels. Über dem Schreibtisch des Landrats hing ein Portrait des letzten Fürstpropstes von Berchtesgaden, Joseph Conrad von Schroffenberg (1743-1803), der über jenes Landl geherrscht hatte, das nun namengebend geworden war für den heutigen Landkreis. Seinen Standort erhielt das Landratsamt in Bad Reichenhall, jener Stadt, die in ihrer langen Geschichte immer bayerisch geblieben ist.

All dies mögen Zufälle sein, aber genau diese Symbolik strebte man an: Denn die neue Struktur sollte den Rahmen bilden für die Entfaltung der in diesem Raum gewachsenen vielfältigen Kulturen. Das erfordert Respekt und Toleranz und natürlich Kenntnis und Erkenntnis. Nur was man kennt und schätzt, das kann man bekanntlich auch schützen. Wie sagte der Landrat Dr. Müller seinerzeit: „Dieses Gebiet gehört zu den schützenswertesten Teilen des Alpenraums. In der Schönheit und Unberührtheit seiner Landschaft liegt seine Anziehungskraft.“

„Heimatblätter“, Beilage zu „Reichenhaller Tagblatt“ und „Freilassinger Anzeiger“, gegründet 1920 von Max Wiedemann, Druck und Verlag der „Mediengruppe Bayern“.